



Geschäfte des EFD 2019

1. Quartal

Bundesfinanzen

- **Rechnung 2018:** Der Bundeshaushalt schliesst das Jahr 2018 mit einem hohen ordentlichen Überschuss von 2,9 Milliarden Franken ab. Budgetiert waren 0,3 Milliarden. Wie im Vorjahr ist das erfreuliche Ergebnis durch die Einnahmenentwicklung und die hohe Disziplin bei den Ausgaben geprägt. Vor allem die Verrechnungssteuer und die Direkte Bundessteuer verzeichneten höhere Mehreinnahmen. Der Bundesrat wurde über das provisorische Rechnungsergebnis informiert. Gleichzeitig hat er den finanzpolitischen Rahmen für den nächsten Budgetprozess festgelegt. Die Aussichten für die Jahre 2020-2022 haben sich aufgrund der guten Einnahmenentwicklung verbessert, so dass im Jahr 2020 aus heutiger Sicht keine Sparmassnahmen nötig sein werden. (13.2.)
- **Neue Finanzordnung:** Der Bundesbeschluss über die neue Finanzordnung tritt am 1. Januar 2021 in Kraft. Dies hat der Bundesrat beschlossen. (13.2.)
- **Nachtrag I:** Der Bundesrat hat den Nachtrag I zum Voranschlag 2019 verabschiedet. Damit unterbreitet er dem Parlament neun Nachtragskredite in der Höhe von insgesamt 75,4 Millionen Franken, wobei 12,3 Millionen Franken durch die Reduktion anderer Kredite kompensiert werden. Die Nachtragskredite führen im laufenden Jahr zu einer Erhöhung der budgetierten Ausgaben um 0,09 Prozent. (22.3.)

Vom Bundesrat eröffnete Vernehmlassungen zu EFD-Geschäften

- **AIA:** Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zur Revision des Bundesgesetzes und der Verordnung über den internationalen automatischen Informationsaustausch in Steuersachen (AIA) eröffnet. Damit sollen Empfehlungen des Global Forum on Transparency and Exchange of Information for Tax Purposes (Global Forum) umgesetzt werden. (27.2.)
- **Bankengesetz:** Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zu einer Teilrevision des Bankengesetzes (BankG) eröffnet. Vorgeschlagen werden überarbeitete Regeln zur Bankensanierung, eine Stärkung der Einlagensicherung und ergänzende Bestimmungen zur Segregierung von Bucheffekten. Die Vernehmlassung dauert bis zum 14. Juni 2019. (8.3.)
- **Blockchain/DLT:** Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zur Anpassung des Bundesrechts an Entwicklungen der Technik verteilter elektronischer Register eröffnet. Er will damit die Rechtssicherheit erhöhen, Hürden für auf Distributed Ledger Technologie (DLT) basierte Anwendungen beseitigen und Missbrauchsrisiken begrenzen. Die Vorlage dient der weiteren Verbesserung der regulatorischen Rahmenbedingungen für DLT in der Schweiz, namentlich im Finanzbereich. Die Vernehmlassung dauert bis Ende Juni 2019. (22.3.)

Internationales

- **Steuerinformationsabkommen mit Brasilien:** Das Steuerinformationsabkommen zwischen der Schweiz und Brasilien ist am 4. Januar 2019 in Kraft getreten. Die Bestimmungen des Abkommens werden ab dem 1. Januar 2020 angewendet. (4.1.)
- **Besuch in Österreich:** Entsprechend der Tradition, wonach die Schweiz und Österreich jeweils früh im Jahr Kontakte auf Präsidialstufe pflegen, reist Bundespräsident Ueli Maurer diese Woche nach Wien. Er wird sich dort mit dem österreichischen Bundespräsidenten Alexander Van der Bellen und Bundeskanzler Sebastian Kurz treffen. (7.1.)
- **Staatssekretärin für internationale Finanzfragen:** Der Bundesrat hat Daniela Stoffel, Botschafterin, Leiterin des politischen Stabs im SIF und Diplomatische Beraterin des Departementsvorstehers EFD, zur Staatssekretärin für internationale Finanzfragen im EFD ernannt. Sie tritt die Nachfolge von Staatssekretär Jörg Gasser an, der per Ende Februar 2019 auf eigenen Wunsch aus der Bundesverwaltung ausscheidet und sich beruflich neu orientieren möchte. Daniela Stoffel wird ihr neues Amt per 1. März 2019 antreten. (16.1.)
- **Beirat Zukunft Finanzplatz:** Der Bundesrat ist über den Jahresbericht des Beirates Zukunft Finanzplatz informiert worden. Thematische Schwerpunkte im Jahr 2018 bildeten die Stärkung des Kapitalmarkts und die Situation auf dem Schweizer Immobilienmarkt. (16.1.)
- **Treffen mit dem chinesischen Vizepräsidenten:** Bundespräsident Ueli Maurer und der chinesische Vizepräsident Wang Qishan nahmen an der ersten schweizerisch-chinesischen High-Level Plattform in Zürich teil. Der Wirtschafts Anlass im Rahmen der innovativen strategischen Partnerschaft beider Länder war dem Thema «Digitalisation Drives Innovation» gewidmet. Der Bundespräsident und der chinesische Vizepräsident tauschten sich zudem an einem offiziellen Treffen aus. (21.1.)
- **DBA mit der Ukraine:** Die Schweiz und die Ukraine haben in Davos ein Änderungsprotokoll zum Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen (DBA) unterzeichnet. Das Protokoll setzt die Mindeststandards in Sachen Doppelbesteuerungsabkommen um und passt das DBA zudem an die aktuelle Vertragspolitik der beiden Staaten an. (24.1)
- **Abkommen mit dem Vereinigten Königreich:** Bundespräsident Ueli Maurer hat mit dem britischen Schatzkanzler Philip Hammond in Davos ein Abkommen betreffend die Direktversicherung mit Ausnahme der Lebensversicherung und mit der britischen Botschafterin Jane Owen ein Strassenverkehrsabkommen unterzeichnet. Damit ist eine lückenlose Weiterführung der heutigen Regelungen in diesen Bereichen auch nach dem EU-Austritt des Vereinigten Königreichs (UK) sichergestellt. Die Abkommen werden – je nach Austrittsszenario – Ende März 2019 oder nach Ablauf einer Übergangsperiode in Kraft treten. (25.1.)
- **WEF:** Von Montag bis Freitag absolvierte Bundespräsident Ueli Maurer 31 Treffen mit Staats- und Regierungschefs, Finanzministern und hochrangigen Vertretern aus der Privatwirtschaft. Hauptthemen seiner Gespräche waren nebst bilateralen Themen die Entwicklung der Weltwirtschaft, Europafragen, Finanz- und Steuerfragen sowie die digitale Transformation. (25.1.)
- **Aussenhandel 2018:** Trotz der weltwirtschaftlichen Unsicherheiten setzte der Schweizer Aussenhandel im Jahr 2018 in beiden Handelsrichtungen hohe Massstäbe: So wuchsen die Exporte nominal mit der kräftigsten Rate (+ 5,7 Prozent) seit 2010 und erreichten dadurch einen neuen Höchststand. Dasselbe trifft auf die Importe zu. Diese legten gegenüber dem Vorjahr sogar um 8,6 Prozent zu und überschritten damit die 200-Milliarden-Franken-Marke. In der Handelsbilanz resultierte ein Überschuss von 31,3 Milliarden Franken. (29.1.)

- **Sanierung und Erweiterung der Schweizerischen Botschaft in Singapur:** Für die Gesamtanierung und Erweiterung der Schweizerischen Botschaft im Stadtstaat Singapur hat das Bundesamt für Bauten und Logistik (BBL) einen offenen Projektwettbewerb durchgeführt. Das Siegerprojekt trägt den Titel «FLAMINGO». (8.2.)
- **Besuch des niederländischen Premiers:** Eine Delegation des Bundesrates unter Leitung von Bundespräsident Ueli Maurer hat den niederländischen Ministerpräsidenten Mark Rutte auf dem Landsitz Lohn empfangen. Neben bilateralen Fragen wurden anstehende Herausforderungen auf europäischer und internationaler Ebene diskutiert. (13.2.)
- **Besuch des bulgarischen Präsidenten:** Bundespräsident Ueli Maurer hat den bulgarischen Präsidenten Rumen Radev in Meiringen im Berner Oberland empfangen. Bei den offiziellen Gesprächen wurden insbesondere die bilateralen Beziehungen zwischen der Schweiz und Bulgarien sowie die Europapolitik erörtert. (22.2.)
- **Zollverwaltung:** Die Einnahmen der Eidgenössischen Zollverwaltung (EZV) sind im Jahr 2018 auf 22,9 Milliarden Franken angestiegen. Den grössten Teil davon macht mit 10,9 Milliarden Franken die Einfuhr-Mehrwertsteuer aus. Im Bereich der illegalen Migration sind die Zahlen erneut gesunken. (1.3.)

Reformprojekte des Bundesrates

- **Bundesgesetz über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung:** Am 19. Mai 2019 findet die Volksabstimmung zum Bundesgesetz über die Steuerreform und die AHV-Finanzierung (STAF) statt. Für den Bundesrat bietet die Vorlage eine ausgewogene Lösung für zwei drängende Probleme. Bundespräsident Ueli Maurer und Bundesrat Alain Berset legten an einer gemeinsamen Medienkonferenz die Gründe dar, die für eine Annahme der Vorlage sprechen. Diese sichert Arbeitsplätze und Steuereinnahmen und stärkt gleichzeitig die AHV. (18.2.)

Weitere EFD-Geschäfte

- **BIT:** Das Bundesamt für Informatik und Telekommunikation (BIT) hat im März 2017 angekündigt, dass es im Rahmen einer öffentlichen Ausschreibung Partner für das Outsourcing von drei Geschäftsbereichen suchen werde. Dies, um einerseits Budgetkürzungen im Personalbereich umzusetzen und sich andererseits für anstehende Grossvorhaben zu rüsten. Das WTO-Beschaffungsverfahren für diese Leistungen ist nun abgeschlossen, für zwei der drei Geschäftsbereiche sind die Zuschlagsempfänger bestimmt. Für einen Geschäftsbereich wurde das Verfahren mangels gültiger Angebote abgebrochen. (3.1.)
- **PUBLICA:** Die Pensionskasse des Bundes PUBLICA erzielte 2018 auf ihren beiden Anlagestrategien unterschiedliche Renditen, wobei die meisten Anlagekategorien das Jahr negativ abschlossen: Die noch nicht revidierte Nettorendite des Anlagevermögens (CHF 34,3 Mrd.) der 13 offenen Vorsorgewerke (Versichertenbestände: Aktive und Rentenbeziehende) betrug im vergangenen Jahr durchschnittlich -3,5%, während die 7 geschlossenen Vorsorgewerke (nur Rentenbeziehende) eine Rendite von -0,2% auf ihrem Anlagevermögen (CHF 3,3 Mrd.) auswiesen. Geschätzt liegt der durchschnittliche Deckungsgrad der offenen Vorsorgewerke Ende 2018 bei rund 100%. Der Deckungsgrad der geschlossenen Vorsorgewerke liegt Ende 2018 bei etwa 107%. (16.1.)
- **Neubau Bundesasylzentrum in Altstätten SG:** Für den Neubau des Bundesasylzentrums in Altstätten (SG) hat das Bundesamt für Bauten und Logistik (BBL) einen Gesamtleistungswettbewerb im selektiven Verfahren durchgeführt. Das Siegerprojekt heisst «ENFILADE». (21.1.)

- **Sondermünzen:** Die Eidgenössische Münzstätte Swissmint lancierte drei neue Sondermünzen für Sammler, Liebhaber und Münzenfans. Dabei ehrt Swissmint das 100-jährige Jubiläum des Schweizer National-Circus Knie mit der ersten Ausgabe einer Farbmünze, welche nur in der Qualität polierte Platte in den Verkauf gelangt. Mit der Silbermünze Dampfschiff „Blümlisalp“ beschliesst die Swissmint die dreiteilige Serie „Schweizer Dampfschiffe“ und startet gleichzeitig mit der Bimetallmünze „Reh“ eine dreiteilige Serie „Schweizer Waldtiere“. (24.1.)
- **Zielbild für die digitale Transformation in der Bundesverwaltung:** Der Bundesrat hat ein Zielbild für die digitale Transformation in der Bundesverwaltung gutgeheissen. Das Zielbild dient als Leitlinie beim Aufbau der digitalen Infrastrukturen und bei der digitalen Transformation in der Bundesverwaltung. (30.1.)
- **eOperations Schweiz:** Die 2018 gegründete Organisation «eOperations Schweiz» hat zum Ziel, im Bereich E-Government den gemeinsamen Aufbau und Betrieb von IT-Lösungen für digitalisierte Behördenleistungen von Bund, Kantonen und Gemeinden zu ermöglichen. Damit sich der Bund an der eOperations Schweiz AG beteiligen kann, ist eine gesetzliche Grundlage erforderlich. Der Bundesrat unterstützt die Beteiligung des Bundes und hat das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) beauftragt, diese Rechtsgrundlagen zu erarbeiten. (30.1.)
- **FINMA:** Der Bundesrat hat den ausgewiesenen Versicherungsspezialisten Benjamin Gentsch als neues Mitglied in den Verwaltungsrat der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht FINMA gewählt. Der Gewählte wird sein Amt am 1. Juli 2019 antreten. (30.1.)
- **Personalbefragung:** In der Bundesverwaltung arbeiten engagierte Mitarbeitende mit einer hohen Leistungsbereitschaft. Dies zeigen die Ergebnisse der Personalbefragung 2018, über die sich der Bundesrat informieren liess. (30.1.)
- **Kompetenzzentrum Cyber-Sicherheit:** Ein neu zu schaffendes Kompetenzzentrum soll möglichst rasch seine Tätigkeit als nationale Anlaufstelle für Fragen zu Cyber-Risiken aufnehmen. Die strategische Leitung übernimmt eine/ein Delegierte/r für Cyberfragen, die/der direkt dem Vorsteher des EFD unterstellt sein wird. Die Stelle des/der Delegierten für Cyberfragen wird umgehend ausgeschrieben. Der Bundesrat hat die Aufgaben und Zuständigkeiten im Bereich Cyber-Risiken festgelegt und in diesem Zusammenhang auch einen Cyber-Ausschuss aus den Vorstehenden des EFD, des VBS und des EJPD ins Leben gerufen. (31.1.)
- **Bundespersonal:** Der Bundesrat hat beschlossen, dem Bundespersonal für das Jahr 2019 den vollen Teuerungsausgleich zu gewähren. Er folgt damit dem Ergebnis der Nachverhandlungen zwischen den Sozialpartnern vom 15. Februar 2019. (27.2.)
- **E-Government:** Die am 5. März 2019 veröffentlichte, zweite Nationale E-Government-Studie zeigt, dass die Nachfrage nach elektronischen Behördenleistungen grösser ist als das bei der Verwaltung verfügbare Angebot. Gemäss der repräsentativen Erhebung ist eine Mehrheit der Schweizer Bevölkerung der Ansicht, dass E-Voting allen Stimmberechtigten zur Verfügung stehen sollte. (5.3.)
- **PUBLICA:** Anlässlich der Delegiertenversammlung PUBLICA haben die Delegierten des Wahlkreises I die Vertreterinnen und Vertreter der Arbeitnehmenden im paritätischen Organ des Vorsorgewerks «Bund» gewählt. Bei den Gewählten handelt es sich um fünf Bisherige und ein neues Mitglied. Die Amtsdauer beträgt vier Jahre. (7.3.)
- **Systemrelevante Banken:** Das Bundesgesetz über die Berechnung des Beteiligungsabzugs bei systemrelevanten Banken tritt rückwirkend auf den 1. Januar 2019 in Kraft. Das hat der Bundesrat beschlossen. (8.3.)

- **Personalmanagement:** Mit dem Reporting Personalmanagement informiert der Bundesrat die Aufsichtskommissionen der eidgenössischen Räte jährlich über die Entwicklung im Personalbereich der Bundesverwaltung. Er hat die Berichterstattung für das Jahr 2018 gutgeheissen. (8.3.)
- **IKT:** Der Bundesrat hat den strategischen IKT-Controllingbericht per 31. Dezember 2018 zur Kenntnis genommen. Dieser informiert über den aktuellen Umsetzungsstand der IKT-Strategie 2016-2019 des Bundes. Der Bundesrat hat zudem den IKT-Masterplan 2019 verabschiedet und die aktuellen IKT-Schlüsselprojekte festgelegt. (22.3.)

Geschäfte des EFD in den eidgenössischen Räten

In der Wintersession verabschiedete Vorlagen

- **Biersteuer:** Der Nationalrat will die Biersteuer nicht abschaffen. Er hat eine parlamentarische Initiative des Zürcher SVP-Nationalrats Claudio Zanetti mit 110 zu 70 Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt. Der Vorstoss ist damit vom Tisch. Zanetti machte sich vergeblich für sein Anliegen stark: "Wir haben die Chance, etwas zu tun, was wir viel zu selten tun: eine Steuer abschaffen", sagte er. Die Biersteuer sei eine völlig willkürlich erhobene Steuer. Es gebe keine vergleichbare Steuer auf Wein. Der Rat folgte jedoch seiner Wirtschaftskommission. Diese argumentierte, die Branche sei zufrieden mit dem geltenden Regime der abgestuften Biersteuer, das kleine unabhängige Brauereien begünstige. Ausserdem wäre die Abschaffung mit Blick auf die Prävention ein falsches Signal. (4.3.)
- **Krankenversicherung:** Die pauschalen Abzüge für Krankenkassenprämien bei der direkten Bundessteuer werden erhöht. Nach dem Nationalrat hat auch der Ständerat einen entsprechenden Vorstoss angenommen. Die kleine Kammer folgte damit ihrer vorberatenden Wirtschaftskommission. Mit 30 zu 13 Stimmen überwies sie die Motion von Nationalrat Jean-Pierre Grin (SVP/VD) an den Bundesrat. Dieser muss nun eine Vorlage mit höheren Steuerabzügen für Krankenkassenprämien ausarbeiten. Die Befürworter argumentierten, Krankenkassenprämien seien Zwangsabgaben und Teil der unvermeidlichen Lebenshaltungskosten. Durch das starke Wachstum der Prämien seien höhere Abzüge gerechtfertigt. Stillschweigend Nein sagte der Ständerat zu einer Motion, die verlangt, dass die Krankenkassenprämien nach Einkommen abgestuft vollständig steuerlich abzugsfähig sind. Dieses Anliegen ist damit vom Tisch. (6.3.)
- **Bussen:** Das Parlament befasst sich seit rund zwei Jahren mit der Frage, ob und unter welchen Bedingungen im Ausland ausgesprochene Bussen und Geldstrafen für die betroffenen Unternehmen steuerlich abzugsfähig sein sollen. Das Bundesgesetz über die steuerliche Behandlung finanzieller Sanktionen will die Regeln vereinheitlichen. Die Debatte in der kleinen Kammer stand im Licht des jüngsten Gerichtsentscheids in Frankreich gegen die UBS. Die Diskussion zeigte vor allem, dass noch viele Fragen offen sind. Das Geschäft wurde deshalb an die ständerätliche Wirtschaftskommission zurückgewiesen - mit 21 zu 18 Stimmen bei einer Enthaltung. Dort sollen nun offene Fragen geklärt und Formulierungen präzisiert werden. Insbesondere sollen die Kantone angehört werden, weil sie das Gesetz werden anwenden müssen. (6.3.)
- **Einkaufstourismus I:** Der Ständerat hat drei Vorstösse und eine Standesinitiative abgelehnt, welche den Einkaufstourismus einschränken respektive die steuerliche Ungleichbehandlung beim Einkaufen eliminieren wollten. Peter Hegglin (CVP/ZG) forderte die Schliessung der Einnahmelücken bei der Mehrwertsteuer. Werner Hösli (SVP/GL) verlangte die Senkung der Freigrenze von 300 auf 50 Franken. Eine Standesinitiative des Kantons St. Gallen

verlangte, dass "Einkaufstouristen" in der Schweiz eine Mehrwertsteuer zahlen, und Marcel Dobler (FDP/SG) wollte den Bundesrat mit der Entwicklung einer App zur Zollselbstdeklaration für die Mehrwertsteuer beauftragen. Eine solche existiert jedoch bereits. (6.3.)

- **Einkaufstourismus II:** An die Kommission zurückgewiesen hat der Ständerat ferner eine Motion von Hans Stöckli (SP/BE). Er fordert, die Bundesgesetzgebung dahingehend anzupassen, dass ausländische Tour Operators wie bis anhin auf dem in der Schweiz erwirtschafteten Umsatz und nicht auf dem gesamten besteuert werden. (6.3.)
- **Einkaufstourismus III:** Wenn ausländische Touristen die Schweizer Mehrwertsteuer für ihre Einkäufe zurückfordern wollen, sollen sie nicht mehr auf gestempelte Formulare angewiesen sein. Eine elektronische Exportvalidierung ist auf Verordnungsstufe in Erarbeitung. Der Ständerat lehnte daher eine gleichlautende Motion von Albert Vitali (FDP/LU) mit 30 zu 8 Stimmen ab. Eine Annahme hätte eine unnötige Entschleunigung zur Folge gehabt, sagte Kommissionssprecherin Anita Fetz (SP/BS). (6.3.)
- **Bundesverwaltung:** Der Informationsaustausch innerhalb der Bundesverwaltung sowie zwischen der Bundesverwaltung und Unternehmen oder Privatpersonen soll mit elektronischen Schnittstellen verbessert werden. Das will der Ständerat. Auch der Bundesrat ist einverstanden. Die kleine Kammer hat eine Motion von CVP-Ständerat Beat Vonlanthen (FR) stillschweigend angenommen. In der grossen Kammer ist ein gleichlautender Vorstoss von SVP-Nationalrat Franz Grüter (LU) hängig. Grüter und Vonlanthen wollen den Bundesrat beauftragen, mit der Schaffung von elektronischen Schnittstellen den direkten Informationsaustausch spätestens bis 2020 zu ermöglichen. (6.3.)
- **Bundesnahe Betriebe:** Der Bundesrat wird in einem Bericht aufzeigen, welche Kriterien er für die Eignerstrategien der staatsnahen Betrieben anwendet. Dabei sei besonders auf die Schwierigkeiten einzugehen, mit denen die einzelnen Einheiten zu kämpfen hatten. In den vergangenen Jahren habe es einige Probleme wie die Postauto-Affäre gegeben. Solche Probleme könnten Fragen zu Solidität und Klarheit der strategischen Ausrichtung der Unternehmen wie auch der Eignerstrategie aufwerfen. Der Ständerat hat ein entsprechendes Postulat von Fabio Abate (FDP/TI) stillschweigend angenommen. Bevor der Bericht erstellt wird, will der Bundesrat einen Expertenbericht im Nachgang zu verschiedenen Vorfällen wie der Postauto-Affäre abwarten. (6.3.)
- **Grenzwache:** Die Kantone St. Gallen, Graubünden und Wallis verlangen die Aufstockung des Grenzwachtkorps. Eine Mehrheit des Ständerats hält die Forderung für erfüllt. Die kleine Kammer hat drei entsprechende Standesinitiativen abgelehnt beziehungsweise abgeschrieben. Im Rahmen des Budgets 2019 hatten die Räte im vergangenen Dezember einen Konsens gefunden und 44 neue Stellen bewilligt. Das reicht, findet eine Mehrheit im Ständerat. Sie erachtet das Hauptanliegen der Standesinitiativen als erfüllt. Eine weitere Aufstockung sei derzeit nicht angezeigt. Damit sind die Vorstösse vom Tisch, das Thema aber nicht. Es sind weitere Anliegen hängig. (6.3.)
- **Beschaffungen:** Der Nationalrat will, dass der Bund bei der Vergabe von Aufträgen das Preisniveau in anderen Ländern nicht berücksichtigen muss. Das bedeute einen zu grossen bürokratischen Aufwand, sagte Corrado Pardini (SP/BE) namens der Kommissionmehrheit. Der Ständerat wollte dies in das Bundesgesetz über das öffentliche Beschaffungswesen schreiben. Der Rat folgte mit 105 zu 70 Stimmen bei 9 Enthaltungen dieser Argumentation und lehnte den Zusatz ab. Er entschied zudem mit 104 zu 79 Stimmen, Organisationen der Arbeitsintegration vom Gesetz auszunehmen. Anders als der Ständerat will er dafür die Stromproduktion dem Gesetz unterstellen. Im Gesetzesentwurf bleiben weitere Differenzen bestehen. Die Vorlage geht damit zurück an den Ständerat. (7.3.)

- **Banknoten:** Alte Banknoten sollen künftig unbefristet eingetauscht werden können. Anders als der Ständerat will der Nationalrat die Umtauschfrist abschaffen. Mit 106 zu 75 Stimmen folgte die grosse Kammer ihrer vorberatenden Kommission und dem Bundesrat. Der unbefristete Umtausch soll ab der sechsten Serie gelten, die ab 1976 in Umlauf gebracht wurde. Die 100-Franken-Note ziert ein Porträt des Architekten Francesco Borromini. Von der Serie sind noch Noten im Wert von über einer Milliarde Franken im Umlauf, wie Finanzminister Ueli Maurer sagte. Die Gegnerinnen und Gegner eines unbefristeten Umtauschs argumentieren, bei uralten Noten sei das Risiko von Geldwäscherei und Fälschung grösser. (7.3.)
- **Banken:** Die Finanzmarktaufsicht (FINMA) steht mit der Schweizer Grossbank UBS in Kontakt wegen einer Kreditvergabe im Jahr 2014 in Höhe von 1,2 Milliarden Australischen Dollar (damals rund 950 Millionen Franken) an den Premierminister von Papua-Neuguinea. Die Abklärungen und Interaktionen, ob die Bank schweizerische aufsichtsrechtliche Bestimmungen eingehalten hat, seien in Gang, sagte Finanzminister Ueli Maurer im Nationalrat auf eine Frage von Carlo Sommaruga (GE/SP). Der Kredit sei nie vom Parlament bewilligt worden, wie es die Verfassung von Papua-Neuguinea vorsehe. Die UBS hatte den Vorwurf gegenüber der Finanznachrichtenagentur AWP im Februar nicht kommentieren wollen. (11.3.)
- **Familienpolitik:** Lassen Eltern ihre Kinder extern betreuen, sollen sie künftig bei der direkten Bundessteuer bis zu 25'000 Franken abziehen können. Heute sind es 10'100 Franken. Der Nationalrat hat dem höheren Abzug für die Kinderbetreuung deutlich zugestimmt. Die grosse Kammer folgte mit 131 zu 48 Stimmen bei 14 Enthaltungen ihrer vorberatenden Wirtschaftskommission und dem Bundesrat. Neben den erhöhten Abzügen für Kinderdrittbetreuungskosten soll auch der allgemeine Kinderabzug von 6500 Franken auf 10'000 Franken angehoben werden, wie dies die CVP vorgeschlagen hat. Mit Unterstützung der SVP fand dieser Vorschlag eine knappe Mehrheit. Als nächstes ist der Ständerat am Zug. (12.3.)
- **Personal:** Der Nationalrat hält an einer fixen Obergrenze für den Personalbestand des Bundes fest. Anders als der Ständerat lehnte er es ab, eine Motion aus dem Jahr 2015 abzuschreiben. Damals hatten die Räte den Bundesrat beauftragt, den Personalbestand auf dem aktuellen Niveau einzufrieren, nämlich bei 35'000 Vollzeitstellen. Der Bundesrat will den Auftrag aufheben, weil der Stellenbestand inzwischen anders berechnet wird. Nun muss sich der Ständerat noch einmal mit der Abschreibung befassen. Der Nationalrat hat auch eine Motion seiner Finanzkommission angenommen, die die Personalausgaben auf dem Stand dieses Jahres einfrieren will. Finanzminister Ueli Maurer warnte, dass dadurch pro Jahr zwischen 500 und 800 Stellen abgebaut werden müssten. (12.3.)
- **Bundesverwaltung:** Der Nationalrat hat entschieden, dass der Bund die Ausgaben für externe Berater senken muss. Die grosse Kammer nahm eine vom Ständerat abgeänderte Motion von Hans-Ulrich Bigler (FDP/ZH) mit 128 zu 55 Stimmen bei 4 Enthaltungen an. Der Vorstoss wurde damit an den Bundesrat überwiesen. Gefordert wird, dass die Ausgaben für externe Berater in den nächsten drei Jahren jährlich um 4 Prozent gesenkt werden. Zudem beschloss das Parlament einen Richtwert: Die Ausgaben für die externen Berater sollen in der Regel nicht mehr als 3 Prozent der Personalausgaben ausmachen. (12.3.)
- **Steuern I:** Das Parlament verlangt vom Bundesrat, die Besteuerung der freien Vorsorge der 3. Säule (3b) anzupassen. Statt der heutigen fixen Steuerpauschale von 40 Prozent soll die Pauschale künftig den jeweiligen Anlagebedingungen angepasst werden. Der Nationalrat hat einer vom Ständerat abgeänderten Motion zugestimmt. Ursprünglich wollte der Nationalrat die Pauschale ganz abschaffen und nur den effektiven Ertragsanteil besteuern. (12.3.)

- **Steuern II:** Für die direkte Bundessteuer, die Mehrwertsteuer und weitere vom Bund erhobene Abgaben sollen einheitliche Verzugs- und Vergütungszinsen gelten. Der Referenzzinssatz soll dabei nicht fest an die Marktentwicklung angebunden werden, wie dies Motionär Matthias Jauslin (FDP/AG) gefordert hatte. Der Nationalrat folgte dem Vorschlag des Ständerats mit 118 zu 65 Stimmen. Eine Minderheit befürchtet jedoch eine Entwicklung der Zinssätze nach oben statt nach unten. Ihre Befürchtungen fanden im Rat kein Gehör. Heute liegen die Verzugszinsen bei der direkten Bundessteuer bei 3 Prozent, bei der Mehrwertsteuer bei 4 Prozent und bei der Stempelabgabe, der Tabak- und Biersteuer, Verrechnungs- und Automobilsteuer bei 5 Prozent. (12.3.)
- **Bundesgericht:** Der Nationalrat will das Bundesgericht entlasten. So sollen etwa nur noch Bussen bei Übertretungen ab 500 Franken am Bundesgericht angefochten werden können. Die höhere Limite von 5000 Franken des Bundesrats lehnte der Rat mit 117 zu 69 Stimmen ab. Trotz Widerstand seitens des Bundesgerichts entschied der Rat zudem, dass jemand, der sich durch einen kantonalen Gerichtsentscheid in seinen verfassungsmässigen Rechten verletzt fühlt, weiterhin das höchste Gericht in Lausanne anrufen können soll. Die Revisionsvorschläge gehen nun in den Ständerat. (13.3.)
- **Onlinehandel:** Die Regeln für den grenzüberschreitenden Onlinehandel werden verschärft: Der Bundesrat muss Massnahmen treffen, um ausländische Onlinemarktplätze und Dienstleistungsplattformen bei Lieferungen oder Dienstleistungen in die Schweiz der Mehrwertsteuer zu unterstellen. Ziel ist es, Ausfälle bei der Mehrwertsteuer zu vermeiden. Nach dem Ständerat nahm auch der Nationalrat stillschweigend eine entsprechende Motion an. Der Bundesrat hatte sich bereit erklärt, den Vorstoss anzunehmen. (13.3.)
- **Steuern I:** Der Bundesrat soll die Arbeiten an der Reform der Verrechnungssteuer wieder aufnehmen - und zwar mit Blick auf Steuererleichterungen bei konzerninterner Finanzierung. Das fordert der Nationalrat. Er hat eine Motion seiner Wirtschaftskommission mit 101 zu 75 Stimmen bei 8 Enthaltungen angenommen. Die Gegnerinnen und Gegner warnten vor hohen Steuerausfällen. Es gehe um Steuererleichterungen bei konzerninternen Finanzierungen für alle Banken, Versicherungen und Industriegesellschaften, sagte Leo Müller (CVP/LU). (13.3.)
- **Steuern II:** Der Nationalrat will etwas gegen die Doppelbesteuerung bei Firmenunternehmen. Dafür sollen die Kantone bemächtigt werden, die Vermögenssteuer zu senken. Der Nationalrat hat einer Motion von Marco Chiesa (SVP/TI) mit 101 zu 86 Stimmen bei drei Enthaltungen zugestimmt. Darüber muss noch der Ständerat befinden. Chiesa will den Bundesrat beauftragen, das Bundesgesetz über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden anzupassen. Finanzminister Ueli Maurer lehnt diese Idee ab, auch wenn die Kantone ab und zu nach Steuerharmonisierung rufen würden, wie er im Rat sagte. Es gelte, die Souveränität der Kantone zu wahren. (13.3.)
- **Steuern III:** Der Nationalrat erachtet es nicht für nötig zu erfahren, wie sich die straflosen Selbstanzeigen von Steuersündern seit 2010 entwickelt haben. Er hat es ganz knapp mit 98 zu 93 Stimmen ein Postulat von Mattea Meyer (SP/ZH) abgelehnt. Sie wollte den Bundesrat damit beauftragen aufzeigen, wie viel Schwarzgeld - schweizweit sowie aufgeschlüsselt auf die Kantone - aufgedeckt wurde. Zudem solle der Bericht festhalten, wie garantiert werde, dass man von dieser Möglichkeit nur einmal Gebrauch machen kann. Auch der Bundesrat hätte eine Auslegeordnung als sinnvoll erachtet, wie Finanzminister Ueli Maurer sagt. (13.3.)
- **Mehrwertsteuer I:** Das Parlament will ein neues Mehrwertsteuer-Privileg für den Tourismus einführen. Der Nationalrat hat eine Motion des Bündner CVP-Ständerats Stefan Engler angenommen, die eine Vereinfachung bei Packages

verlangt. Dabei handelt es sich um Kombinationen von Leistungen oder Produkten, die zu unterschiedlichen Mehrwertsteuersätzen besteuert werden. Heute wird das gesamte Package vergünstigt besteuert, wenn mindestens 70 Prozent einem reduzierten Satz unterliegen. Nun soll die Schwelle auf 55 Prozent gesenkt werden. Leistungskombinationen kommen vor allem in der Hotellerie vor: Die zum Satz von 3,7 Prozent besteuerte Übernachtung wird mit Skipässen, Wellness-Behandlungen oder geführten Touren zu einem Package geschnürt. (13.3.)

- **Mehrwertsteuer II:** Die Teilnehmenden an Kulturanlässen wie dem Jodlerfest sollen künftig von einer Mehrwertsteuerausnahme profitieren können - gleich wie die Teilnehmenden an Sportanlässen. Der Nationalrat hat eine Motion von SVP-Nationalrat Pierre-André Page (FR) angenommen. Der Bundesrat stellte sich dagegen. Steuerausnahmen sollten eher abgebaut als ausgebaut werden, sagte Finanzminister Ueli Maurer. Immer neue Ausnahmen zu beschliessen, sei der falsche Weg, um ein gerechtes System zu schaffen. Der Rat hiess den Vorstoss aber mit 161 zu 21 Stimmen bei 8 Enthaltungen gut. Die Motion geht nun an den Ständerat. (13.3)
- **Bargeld:** Die Schweizer Banken sollen auch künftig bei Bargeldtransaktionen von Kunden ohne Bankverbindung erst ab 25'000 Franken Massnahmen zur Identifizierung vornehmen. Das fordert der Nationalrat. Er hat mit 124 zu 61 Stimmen bei einer Enthaltung eine Motion seiner Wirtschaftskommission angenommen. Die Finanzmarktaufsicht (FINMA) will die Schwelle auf 15'000 Franken senken. Die Befürworter des Vorstosses sehen in einer tieferen Schwelle eine Einschränkung der Freiheit, die Gegner eine wirksame Massnahme gegen Terrorismusbekämpfung. Betroffen wären nur Kassageschäfte. (13.3.)
- **Fonds:** Das Parlament will für qualifizierte Anleger wie Pensionskassen und Versicherungen Fonds ermöglichen, die keine Bewilligung der Finanzmarktaufsicht benötigen. Der Nationalrat hat eine Motion von Ständerat Ruedi Noser (FDP/ZH) angenommen. Der Bundesrat hatte die Annahme beantragt. Die Arbeiten für eine Änderung das Kollektivanlagengesetzes sind bereits im Gang, wie Finanzminister Ueli Maurer sagte. Die Vernehmlassungsvorlage werde noch vor den Sommerferien vorliegen. (13.3.)
- **Bundespersonal:** Der Bundesrat muss die Bundespersonalverordnung dahingehend abändern, dass Bundesangestellte künftig einen angemessenen Teil der Entschädigungen für Nebenbeschäftigungen an die Bundeskasse abgeben müssen. Dies fordert eine an den Bundesrat überwiesene Motion von Peter Keller (SVP/NW). Der Bundesrat hatte den Vorstoss abgelehnt, da Nebentätigkeiten oft eine nicht zu unterschätzende zusätzliche Verantwortung mit sich bringen würden. Zur Diskussion stehen Entschädigungen für Tätigkeiten, die im Zusammenhang mit dem Arbeitsverhältnis beim Bund stehen. (13.3.)
- **Mietkosten:** Bei Verwaltungseinheiten mit dezentralen Standorten wie etwa beim Bundesamt für Wohnungswesen (BWO) verrechnet der Bund zu hohe Mietpreise. Der Nationalrat beauftragt den Bundesrat daher damit, die Grundlagen für die Berechnung so anzupassen, dass sie ortsüblichen Preisen entsprechen. Der Rat nahm eine Motion seiner Finanzkommission mit 178 zu 3 Stimmen bei 2 Enthaltungen an. Grund für die Motion waren unter anderem die Umzugspläne des BWO von Grenchen SO nach Bern. (13.3)
- **Trusts:** Der Bundesrat muss eine Gesetzesgrundlage für die Aufnahme von Schweizer Trusts in die schweizerische Rechtsordnung ausarbeiten. Der Nationalrat nahm eine ständerätliche Motion mit 123 zu 58 Stimmen an. Heute müssen sich Schweizerinnen und Schweizer, die Vermögenswerte in einem Trust unterbringen wollen, nach ausländischem Recht richten. (13.3.)
- **Vignette:** Autofahrerinnen und Autofahrer sollen wählen können zwischen einer Klebevignette und einer digitalen Vignette für die Autobahngebühren. Der

Nationalrat hat eine Motion von Martin Candinas (CVP/GR) angenommen mit 96 zu 91 Stimmen bei 4 Enthaltungen angenommen. Diese entspricht den Plänen des Bundesrates. Candinas argumentierte mit der Wahlfreiheit. Wenn es dem Rat ernst sei mit der Digitalisierung, sollte er die digitale Vignette ermöglichen, sagte er. Dieses System würde auch tiefere Verwaltungs- und Bearbeitungskosten verursachen als die herkömmlichen Klebevignetten. Gegen die E-Vignette stellte sich Ulrich Giezendanner (SVP/AG). (13.3.)

- **Start-Ups:** Der Bundesrat muss in einem Bericht aufzeigen, welche Folgen es hat, wenn die Kapital- und der Vermögenssteuern von Unternehmen gesenkt werden - insbesondere mit Blick auf die Start-Ups in der Schweiz. Der Nationalrat nahm ein Postulat von Fathi Derder (FDP/VD) mit 137 zu 53 Stimmen an. Der Bundesrat hatte sich bereit erklärt, einen Bericht zu erstellen. Nach seiner Auffassung besteht ein Potenzial für eine Reform der Besteuerung von Start-ups, eine Auslegeordnung sei daher interessant, sagte Finanzminister Ueli Maurer. Das Postulat wurde von Prisca Birrer-Heimo vergeblich bekämpft (SP/LU). (13.3.)
- **Nationalbank:** Der Bundesrat soll nicht prüfen, welche Voraussetzungen gegeben sein müssen, damit die Schweizerische Nationalbank Konten für Privatkundinnen und -kunden führen kann. Der Nationalrat hat ein Postulat von Susanne Leutenegger Oberholzer (SP/BL) mit 92 zu 82 Stimmen bei 17 Enthaltungen abgelehnt. Der Bundesrat stellte sich nicht dagegen. Er wollte den Auftrag im Rahmen eines Berichts erfüllen, der bereits in Arbeit ist, wie Finanzminister Ueli Maurer sagte. (13.3.)
- **Bildung:** Der Bundesanteil am Nationalbankgewinn soll nicht vollumfänglich der Bildung zugute kommen. Der Nationalrat hat eine Motion von Christoph Eymann (FDP/BS) abgelehnt. Auch der Bundesrat hatte sich dagegen gestellt. Finanzminister Ueli Maurer betonte, in die Bildung müsse investiert werden. Die Bildungsausgaben seien aber in den vergangenen Jahren überdurchschnittlich gestiegen. Ausserdem lehne der Bundesrat eine neue Zweckbindung ab. Eine solche schmälere den Spielraum beim Bundesbudget. (13.3.)
- **Quellensteuern:** Der Nationalrat will den Bundesrat nicht beauftragen, bei den Nachbarländern auf weniger bürokratische Hürden für Anleger hinzuwirken, die ihre Quellensteuern auf ausländischen Wertpapieren zurückfordern. Er hat eine Motion von Maximilian Reimann (SVP/AG) abgelehnt. Die Rückerstattung scheitere de facto an unverhältnismässiger Bürokratie, kritisierte Reimann. Finanzminister Ueli Maurer stellte fest, jeder Staat sei grundsätzlich frei, wie er das regle. Er warnte auch von Begehrlichkeiten der anderen Staaten, wenn die Schweiz Forderungen stelle. "Es ist besser, keine schlafenden Hunde zu wecken." (13.3.)
- **Digitalisierung:** Der Nationalrat hat der Einführung einer staatlich anerkannten digitalen Identität (E-ID) zugestimmt. Eine staatlich anerkannte E-ID soll die sichere und einfache Identifikation für den Geschäftsverkehr im Internet oder für E-Government-Anwendungen erlauben. Für die Erstidentifizierung einer Person ist der Bund zuständig. Herausgegeben werden soll die E-ID von privaten Anbietern, sogenannten Identity Providern (IdP). Diese Arbeitsteilung war im Nationalrat umstritten. SP und Grüne verlangten, dass die Herausgabe eine staatliche Aufgabe bleiben müsse. Die Mehrheit sprach sich dagegen aus. Die Vorlage geht nun an den Ständerat. (20.3.)
- **Inhaberaktien:** Inhaberaktien sollen nicht in Namenaktien umgewandelt werden müssen. Anders als der Bundesrat will der Nationalrat bestehende Inhaberaktien weiterhin erlauben. Nur neue soll es nicht mehr geben. Der Rat hiess mit 101 zu 87 Stimmen einen Einzelantrag von Daniela Schneeberger (FDP/BL) gut, der inhaltlich weitgehend der Version der vorberatenden Kommission entspricht. SP, Grüne, CVP und GLP wollten bei der Version des Bundesrates bleiben und im Gesetz verankern, dass Inhaberaktien, die nicht innerhalb von fünf Jahren nach dem Inkrafttreten des Gesetzes in Namenaktien umgewandelt sind, gelöscht

werden. Nur so könnten die internationalen Standards eingehalten werden, argumentierten sie. Der Bundesrat will mit den Gesetzesänderungen Empfehlungen des "Global Forum" der OECD umsetzen. Nun ist der Ständerat am Zug. (20.3.)

- **Generationen:** Der Nationalrat verlangt vom Bundesrat, die Generationenbilanzierung zu aktualisieren. Er hat ein Postulat von Kathrin Bertschy (GLP/BE) mit 157 zu 29 Stimmen angenommen. Sie verlangt Angaben darüber, wie hoch die finanziellen Belastungen der laufenden und geplanten staatlichen Aufgaben, Verpflichtungen und Sozialwerke für aktuelle und kommende Generationen geschätzt werden. Dabei soll der Bundesrat auch aufzeigen, wie sich das Verhältnis von finanzieller Belastung und Leistungsbezügen zwischen den verschiedenen Geburtskohorten unterscheidet. Laut Finanzminister Ueli Maurer fehlen dem Bund dafür die Daten. Es gebe keine internationalen Standards, die Arbeit drohe pseudowissenschaftlich zu werden. (20.3.)
- **Kryptowährungen:** Der Bundesrat will noch im Frühjahr Vorschläge zur Regulierung von Kryptowährungen wie Bitcoin in die Vernehmlassung schicken. Das sagte Finanzminister Ueli Maurer im Nationalrat. Der Rat nahm dennoch einen Vorstoss dazu an. Mit 99 zu 83 Stimmen bei 10 Enthaltungen hiess er eine Motion von Giovanni Merlini (FDP/TI) gut. Dieser will den Bundesrat beauftragen, die Bestimmungen über verfahrensrechtliche Instrumente der Justiz- und Verwaltungsbehörden anzupassen, damit diese auch auf Kryptowährungen anwendbar sind. Es gelte, Lücken beim Schutz gegen Missbrauch zu schliessen, argumentierte Merlini. Ein grosser Teil der Kryptowährungen sei völlig anonym, was Erpressungen und Geldwäscherei begünstige. (20.3.)
- **Regulierung:** Die administrative Entlastung der Unternehmen ist ein Dauerbrenner im Parlament. Eine Entschädigung für administrative Aufwendungen scheint dem Nationalrat aber das falsche Rezept zu sein. Er hat eine Motion von Sylvia Flückiger (SVP/AG) abgelehnt. Sie verlangte, dass alle Unternehmen, die für den Bund die Mehrwertsteuer abrechnen, pro Quartal 150 Franken bekommen sollen. Flückiger sprach von einer "kleinen Wertschätzung für die grosse Arbeit". Bisher passiere zu wenig zur administrativen Entlastung von Unternehmen. Finanzminister Ueli Maurer warnte vor Symbolpolitik ohne Wirkung. Er gab auch zu bedenken, dass sich die Kosten auf rund 200 Millionen Franken belaufen würden. (20.3.)
- **Steuerhinterziehung:** Der Nationalrat will nicht wissen, in welchem Ausmass in der Schweiz Steuern hinterzogen werden. Er hat es abgelehnt, vom Bundesrat einen Bericht zu verlangen. Mit 135 zu 57 Stimmen bei 1 Enthaltung verwarf der Rat ein Postulat von SP-Nationalrätin Mattea Meyer (ZH). Diese argumentierte vergeblich, Steuerhinterziehung sei kein Kavaliersdelikt. Es liege im Interesse der ehrlichen Steuerzahlenden, dagegen vorzugehen. Der Nationalrat lehnte auch andere Vorstösse zu Steuerdelikten ab. So sprach er sich dagegen aus, dass Beihilfe zu Steuervergehen im Ausland in der Schweiz sanktioniert wird. Ferner verwarf er eine Motion von SP-Nationalrätin Schneider Schüttel (FR), die eine erhöhte Sorgfaltspflicht für Geschäfte mit Offshore Finanzplätzen forderte. (20.3.)
- **Finanzflüsse:** Der Nationalrat will keinen nationalen Aktionsplanes zur Eindämmung unlauterer und unrechtmässiger Finanzflüsse. Einen solchen hatte Claudia Friedel (SP/SG) mit einem Postulat verlangt. Der Abfluss aus Entwicklungsländern werde auf fast 1000 Milliarden Dollar jährlich geschätzt - rund das Siebenfache der staatlichen Entwicklungsgelder, sagte sie. Friedel forderte ein umfassendes Massnahmenpaket in den Bereichen internationale Steuer- und Finanzpolitik, Korruption und Geldwäscherei. Damit könnte die Schweiz einen gewaltigen Beitrag zur Entwicklungsfinanzierung leisten, sagte Friedel. Finanzminister Ueli Maurer unterstützte das Ziel. Doch der Bundesrat sei

in all diesen Bereichen bereits tätig, sagte er. Es gebe keine Lücke, noch mehr Berichte brächten nicht mehr Wirkung. (20.3.)

- **FINMA:** Der Nationalrat will die FINMA nicht verpflichten, die Öffentlichkeit in bestimmten Einzelfällen über die Eröffnung von Verfahren zu informieren. Er hat eine Motion von SP-Nationalrat Samuel Bendahan (VD) abgelehnt. Die Behörden könnten damit ihre Anstrengungen im Kampf gegen Finanzkriminalität und Rechtsmissbrauch ausweisen. Die Unternehmen hätten einen Nutzen davon, weil die Hintergründe der Untersuchung bekannt seien und die Öffentlichkeit nicht darüber spekulieren müsse. Finanzminister Ueli Maurer wies darauf hin, dass das Persönlichkeitsrecht der Betroffenen geachtet werden müsse. Eine Untersuchung könne einen Verdacht erwecken, der sich kaum mehr aus der Welt schaffen lasse. Zudem bestehe zu Beginn einer Abklärung Verdunkelungsgefahr. (20.3.)
- **Bürokratie:** Das Parlament will eine "Regulierungsbremse" einführen. Es verlangt, dass die Räte neue Gesetze oder Gesetzesänderungen, die hohe Kosten verursachen, mit einer qualifizierten Mehrheit beschliessen müssen. Nach dem Nationalrat hat auch der Ständerat eine Motion der FDP angenommen - mit 25 zu 16 Stimmen bei einer Enthaltung. Die Mehrheit im Parlament ist aber der Auffassung, dass die bisherigen Bestrebungen zum Abbau von Regulierungen nicht genügen. Der Bundesrat weigere sich, vom Parlament gemachte Vorgaben umzusetzen, lautete der Tenor. Mit einer weiteren Motion beauftragt das Parlament den Bundesrat deshalb, ein Gesetz über die Reduktion der Regelungsdichte und den Abbau der administrativen Belastung für Unternehmen auszuarbeiten. (20.3.)
- **Eigenmietwert:** Der Ständerat will einen Systemwechsel beim Eigenmietwert. Zugunsten einer Initiative seiner Wirtschaftskommission (WAK) hat er je eine Standesinitiative von Basel-Stadt und Genf zur Abschaffung des Eigenmietwerts respektive dessen Besteuerung abgelehnt. Die WAK hat für ein neues System bereits einen Vorentwurf ausgearbeitet, dessen Inhalt sie bereits im Februar vorgestellt hatte. Der Eigenmietwert soll abgeschafft werden, im Gegenzug sollen weniger Steuerabzüge möglich sein. Ziel ist es etwa, Anreize zur Verschuldung zu reduzieren, eine möglichst haushaltsneutrale Lösung zu finden und das Wohneigentum zu fördern. Anfang April geht der Vorentwurf in die Vernehmlassung. Über die abgelehnten Standesinitiativen muss noch der Nationalrat befinden. (20.3.)
- **BEPS:** Die eidgenössischen Räte genehmigten in den Schlussabstimmungen mit 129 zu 64 Stimmen bei 0 Enthaltungen (Nationalrat) und 44 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen (Ständerat) ein multilaterales Übereinkommen, mit welchem internationale Standards gegen Steuervermeidung von Unternehmen umgesetzt werden. (22.3.)
- **DBA mit dem Vereinigten Königreich:** Der Nationalrat (mit 133 zu 39 Stimmen bei 22 Enthaltungen) und der Ständerat (mit 44 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen) genehmigten in den Schlussabstimmungen eine Änderung im Doppelbesteuerungsabkommen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich. (22.3.)
- **DBA mit Brasilien:** In den Schlussabstimmungen hiessen die eidgenössischen Räte mit 132 zu 54 Stimmen bei 8 Enthaltungen (Nationalrat) und 43 zu 1 Stimmen bei 0 Enthaltungen (Ständerat) ein neues Doppelbesteuerungsabkommen zwischen der Schweiz und Brasilien gut. (22.3.)